

Für gute Nachbarschaften im Bezirk Hamburg-Mitte

**Koalitionsvereinbarung
von SPD und GAL
für die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte**

**- geschlossen für die
19. Legislaturperiode -**

**Hamburg,
den 21. Mai 2008**

I. Präambel

Der SPD-Kreis Hamburg-Mitte und Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Kreisverband Hamburg-Mitte, schließen diese Koalitionsvereinbarung für die Zusammenarbeit ihrer Fraktionen in der 19. Legislaturperiode der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

Gemeinsam vertreten SPD und GAL eine bürgernahe Politik für gute Nachbarschaften in den Quartieren, Stadtteilen und im Bezirk für Hamburg-Mitte. Gemeinsam wollen wir unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger den Bezirk Hamburg-Mitte lebenswerter und attraktiver machen. Dabei knüpfen wir an die erfolgreiche Arbeit der Rot-Grünen Koalition in der vergangenen Legislatur an.

Gemeinsam wollen SPD und GAL die ehrenamtliche Arbeit und das Engagement der Menschen im Bezirk weiter stärken und fördern. Sie laden die Bürgerinnen und Bürger ein, mitzutun an der Weiterentwicklung unseres schönen Bezirks Hamburg-Mitte. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger des neu zu Hamburg-Mitte hinzugekommenen Stadtteils Wilhelmsburg begrüßen wir sehr herzlich und wir werden unsere Verantwortung ihnen gegenüber aktiv wahrnehmen.

Schwerpunkt unserer Koalitionsvereinbarung ist die Stärkung guter Nachbarschaften. Das beinhaltet die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, geht aber darüber hinaus, weil es Qualitätsstandards des Zusammenlebens in den Stadtteilen und Quartieren zugrunde legt, die es gemeinsam zu verwirklichen gilt.

Hamburg-Mitte ist Heimat für viele Menschen und soll es auch künftig sein. Dafür arbeiten die Koalitionsfraktionen von SPD und GAL in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

In dem vorliegenden Koalitionsvertrag gibt es kein großes I und keine durch Schrägstriche angehängten weiblichen Formen. Dies ist ausschließlich der besseren Lesbarkeit geschuldet.

II. Stadtplanung, Wohnen und soziale Stadtentwicklung

1. Stadtentwicklungspolitische Leitlinien für gute Nachbarschaften im Bezirk Hamburg-Mitte: Rot-Grüne Stadtentwicklung stellt den Menschen in den Mittelpunkt

Hamburg-Mitte ist das kulturelle und kommunikative Zentrum der Stadt. Durch den Wechsel von Wilhelmsburg nach Mitte ist der Bezirk auf mehr als 280.000 Einwohner gewachsen. Die zentrale Herausforderung für die Rot-Grüne Stadtentwicklungspolitik liegt darin, die unterschiedlichen Anforderungen und Probleme der geschäftlich geprägten innerstädtischen Viertel und der bevölkerungsreichen Wohnstadtteile in den äußeren Regionen zusammenzuführen.

Gleichzeitig hat Hamburg-Mitte als Herz der Metropole Hamburg eine herausgehobene Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Hamburg. Stadtentwicklung in Hamburg-Mitte heißt für uns, die Stadtteile und die Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Ziel der Bezirkspolitik der Rot-Grünen Koalition ist die Förderung guter Nachbarschaften, der Familienfreundlichkeit und der urbanen Vielfalt. Die Fraktionen von SPD und GAL wollen, dass die Menschen sich in ihrem Stadtteil wohl fühlen und sich mit ihrem Stadtteil und ihren Nachbarschaften identifizieren.

Für den Bezirk Hamburg-Mitte gilt als zentrale Leitlinie städtebaulicher Entwicklung ein familienfreundliches und naturverträgliches Bauen, bei geringem Flächenverbrauch und Erhalt zusammenhängender Grünflächen.

2. Der Kreativität Raum geben – der sozialen Spaltung entgegenwirken

In den vergangenen vier Jahren hat die Rot-Grüne Koalition in Hamburg-Mitte die vorhandene Kreativität und Dynamik in den innerstädtischen Stadtteilen durch zahlreiche Maßnahmen unterstützt und so zu einer Wiederbelebung zahlreicher Quartiere beigetragen. Ehemalige Problemquartiere haben sich so zu beliebten und integrationsstarken „In-Vierteln“ entwickelt.

Die Stadtentwicklungspolitik im Bezirk Hamburg-Mitte soll diese Prozesse unterstützen, transparent und verständlich gestalten und Möglichkeiten zur Mitwirkung eröffnen. Das Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit soll durch eine angemessene Mischung unterschiedlicher Bauformen gestärkt werden. Besonders die Weiterentwicklung des Wohnens in der Innenstadt bleibt ein zentrales Ziel der Koalitionsparteien.

Hierfür setzt sich die Koalition aus SPD und GAL folgende Ziele:

- Der Wohnanteil bei Bebauungsplänen in der Innenstadt soll mindestens 30 Prozent betragen.
- Die Umwandlung leer stehender Büroräume in Wohnungen wird weiter gefördert.
- In der HafenCity soll das Wohnen, besonders das bezahlbare, gestärkt werden. Die ursprünglichen Planungsziele beim Wohnanteil des Masterplans HafenCity müssen erhöht werden.
- Durch kleinteilige Vergabe von Baugrundstücken sollen unterschiedliche Formen der Nutzung unterstützt werden.
- Genossenschaften und Baugemeinschaften sollen gefördert werden, weil sie sozial verantwortlich preiswerten Wohnraum in gemeinschaftlichem Eigentum schaffen.
- Die Koalitionsfraktionen setzen sich im Bezirk gemeinsam für die Verbreitung des ökologischen Bauens ein, insbesondere für die Errichtung von mehr Passivhäusern.
- Öffentliche Plandiskussionen sollen durch Veröffentlichung der Bebauungspläne im Internet ergänzt werden.

Die Schattenseite der dynamischen Entwicklung sind steigende Mietpreise und

Verdrängungsprozesse, die zur sozialen Entmischung führen können. Um dem entgegen zu wirken, wollen die Koalitionsfraktionen für Gebiete, in denen Umwandlungs- und Aufwertungstendenzen zu beobachten sind, die Instrumente der Sozialen Erhaltungs- und der Umwandlungsverordnungen aktiv nutzen.

Der CDU-Senat hat in den vergangenen Jahren eine verfehlte Wohnungsbaupolitik betrieben und sich aus der aktiven Förderung des Wohnungsbaus zurückgezogen. Die Koalitionsparteien von SPD und GAL sind sich einig, dass öffentlich geförderter Wohnungsbau für die Schaffung preiswerten Wohnraums weiterhin erforderlich ist – besonders auch in den innerstädtischen Stadtteilen. Die Koalitionsparteien lehnen eine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände ab.

Ein Verkauf von Wohnungen darf nur im Einzelfall und nur an Mieter, ggf. auch Mietergenossenschaften, erfolgen. Der Verkauf einzelner Wohnungen oder kleiner Einheiten darf nicht zu Veränderungen in der Struktur der öffentlichen Wohnungsbauunternehmen und zu Einschränkungen ihrer Funktion auf dem Wohnungsmarkt führen.

Die Mischung von frei finanziertem und gefördertem Wohnungsbau soll sich daran orientieren, welche Wirkungen auf die Sozialstruktur im Stadtteil angestrebt werden.

Um ausufernden Umstrukturierungsprozessen entgegenzuwirken, soll der Bezirk seine bau- und planungsrechtlichen Möglichkeiten zur Sicherung einer stabilen Bevölkerungsstruktur ausschöpfen.

Daher setzen sich SPD und GAL folgende Ziele:

- Der Bezirk nutzt seine Möglichkeiten zur Wohnraumpflege und zum Mieterschutz.
- Im Anschluss an Sanierungssatzungen wird die Festsetzung von Erhaltungsverordnungen und Umwandlungsverordnungen zur Sicherung der erreichten Sanierungsziele angestrebt und mit neuen Instrumenten im Sinne eines intelligenten Übergangsmangements kombiniert.
- Der Verkauf städtischer Liegenschaften wird nicht nach dem Höchstgebotsverfahren betrieben. Stattdessen werden vorrangig städtebauliche und wohnungspolitische Kriterien bei der Entscheidung zugrunde gelegt.
- Die südliche Neustadt soll als Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung und der Umwandlungsverordnung erhalten bleiben.
- Zum Schutz historischer Häuser und Quartiere sollen in der Innenstadt städtebauliche Erhaltungsgebiete ausgewiesen werden.
- Im Karolinenviertel soll der Treuhandbestand der STEG nach Aufhebung des Sanierungsverfahrens weiterhin mieterfreundlich bewirtschaftet und die Einführung der Sozialen Erhaltungsverordnung geprüft werden.
- Der Bezirk soll bei Genehmigungsverfahren in der HafenCity sowie an den städtebaulichen Qualifizierungsverfahren in der HafenCity beteiligt werden.
- Dort, wo Verwahrlosung historischer Bausubstanz droht, soll der Bezirk ggf. Bau-/ Instandsetzungsgebote (HBauO oder §172 BauG) aussprechen.

3. Zusammen gestalten statt auseinander entwickeln

Die Vielfalt des Bezirks Hamburg-Mitte ist seine Stärke. Ziel und Aufgabe der Rot-Grünen Koalition ist, die unterschiedlichen Stadtteilinteressen zusammenzuführen und die soziale Abkopplung einzelner Stadtteile zu verhindern. Etwa 70 Prozent der Fläche des Bezirks Mitte sind Stadtteile mit besonderen Problemen. Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, dass das Auseinanderdriften der Stadtteile beendet und die benachteiligten Stadtteile unterstützt werden müssen. Die in unserem Bezirk liegenden Gebiete der Aktiven Stadtteilentwicklung bilden dabei die Schwerpunkte.

Im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung werden in den Quartieren viele wichtige Projekte entwickelt. Es kommt darauf an, dass nicht nur einmalig Geld für Baumaßnahmen bereitgestellt,

sondern vielmehr der Unterhalt dauerhaft gesichert wird. Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, dass die bisherige finanzielle Ausstattung des Programms der Aktiven Stadtteilentwicklung den Ansprüchen nicht gerecht wurde, und sie fordern die Senatsbehörden auf, die Mittel entsprechend aufzustocken.

Zukünftig darf der Schwerpunkt der Stadtteilentwicklung nicht nur in der Stadterneuerung liegen, sondern es muss verstärkt auch in die Köpfe der Menschen investiert werden. Die Koalitionsparteien SPD und GAL wollen eine integrierte Stadtteilentwicklung, bei der Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Kultur miteinander verknüpft werden.

Zur Stärkung einer nachhaltigen Quartiersentwicklung setzen sich die Fraktionen von SPD und GAL für folgende Ziele ein:

- Um die soziale Stadtteilentwicklung effektiver umzusetzen, muss der Bezirk besser mit Ressourcen ausgestattet werden.
- Im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung sollten Projekte auch mit Betriebsmitteln gefördert werden können.
- Die Entwicklungskonzepte für Billstedt/Horn und für St. Georg-Mitte sollen zügig umgesetzt werden.
- Zur Umsetzung des Entwicklungskonzepts in den neuen Interventionsschwerpunkten im Entwicklungsraum Billstedt/Horn sollen Quartiersbeiräte eingerichtet und zur Unterstützung sollen Quartiersentwickler eingesetzt werden. Diese werden nach erfolgter Ausschreibung von den Bezirksgruppen ausgewählt.
- Über die jährlich an die Fachbehörde zu meldenden STEP-Projekte wird zwischen den Koalitionfraktionen Einvernehmen hergestellt.
- Im Münzplatz-Viertel in St. Georg-Süd/ Klostertor und in Hamm-Süd (Osterbrookviertel) soll die Aktive Stadtteilentwicklung über sogenannte Themengebiete und geeignete Einzelmaßnahmen vorangetrieben werden.
- Die Stadtteilentwicklung im Rahmen der IBA/IGS muss im Hinblick auf die Ziele und Maßnahmen stärker in den Stadtteilen verankert und abgestimmt werden. Der Bezirk wird sich entsprechend auch gegenüber den Fachbehörden und anderen Akteuren positionieren und hierfür Ressourcen einwerben.
- Im Wilhelmsburger Osten soll ein Agenda-Prozess initiiert werden.

4. Bürgerbeteiligung sicherstellen

Die Koalitionsparteien SPD und GAL legen großes Gewicht auf die Bürgerbeteiligung. In fast allen Stadtteilen in Mitte gibt es Stadtteil- oder Sanierungsbeiräte mit großer lokaler Kompetenz. Die Rot-Grüne Koalition hat in den vergangenen vier Jahren erhebliche Summen von Bezirksmitteln in die Arbeit der Beiräte und in die Bürgerbeteiligung investiert. Zahlreiche Stadtteilverhaben und Projekte wurden durch Sondermittel des Bezirks unterstützt. Nur dadurch, dass ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, mit denen etwas geschaffen werden kann, lässt sich auch in schwierigen Nachbarschaften bürgerschaftliches Engagement anregen und verstetigen. Denn: Erst Gestaltungsmöglichkeiten schaffen Engagement.

Zur Begleitung des Themenkreises der Aktiven Stadtteilentwicklung hat die Rot-Grüne Koalition in der vergangenen Legislaturperiode den Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtteilentwicklung eingerichtet. Die Arbeit dieses Ausschusses hat sich bewährt und die Koalitionfraktionen sind sich einig darüber, dass die Arbeit des Ausschusses fortgeführt werden soll. Zusätzlich soll in diesem Ausschuss der IBA-/IGS-Prozess behandelt werden.

Zur Stärkung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung setzen sich SPD und GAL folgende Ziele:

- Sanierungsbeiräte, Stadtteilbeiräte und Verfügungsfondsgremien müssen als wichtige

Instrumente zur Stärkung der Eigenverantwortung und zur Beteiligung der Betroffenen erhalten bleiben.

- Für die Einrichtung, Fortführung und inhaltliche Arbeit der Beiräte gelten die von der Bezirksversammlung beschlossenen Grundsätze. Dies betrifft auch die durch die Gebietsreform neu hinzugekommenen Beteiligungsgremien.
- Die Beiratsarbeit in Wilhelmsburg soll fortgeführt werden.
- Zur Verstärkung der Quartiersentwicklung in auslaufenden oder bereits beendeten Programmgebieten sollen selbsttragende Beteiligungsstrukturen gefördert werden. Über die Unterstützung durch den Bezirk stellen die Koalitionsparteien Einvernehmen her.
- Für Rothenburgsort wird eine Wiederaufnahme in das Programm der Aktiven Stadtteilentwicklung angestrebt.

5. Wir entwickeln den Wohnraum der Zukunft

Der Erhalt und die Schaffung von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum ist eine vordringliche Aufgabe für SPD und GAL. Der Rot-Grün regierte Bezirk Hamburg-Mitte hat in der Innenstadt die Trendwende beim Wohnungsbau geschafft: Erstmals seit 1945 hat die Zahl der Wohnungen in der Innenstadt zugenommen. 800 Wohnungen sind bisher gebaut worden, weitere 2.600 Wohnungen sind genehmigt. Die Koalitionsparteien SPD und GAL sind sich einig, dass der erfolgreiche Weg der Stärkung des innerstädtischen Wohnens unvermindert fortgesetzt werden soll.

Darüber hinaus soll die innerstädtische Entwicklung weiter vorangetrieben werden, zum einen, um ökologisch schädlichen Flächenverbrauch zu reduzieren, zum anderen, um Entwicklungsquartiere mit attraktivem Wohnraum zu ergänzen.

Zur Umsetzung der wohnungspolitischen Ziele der Rot-Grünen Koalition soll auf dem Kleinen Grasbrook ein großes innenstadtnahes Wohngebiet entstehen. Die Bebauung der Elbinsel mit bezahlbaren Einfamilienhäusern und Wohnungen könnte Wohnraum für bis zu 6.000 Menschen schaffen.

Der Bezirk Mitte ist der Hamburger „Bezirk am Wasser“. Gemeinsames Ziel der Koalitionsparteien ist es, den Bezirk deutlich stärker in seinem Bezug zum Wasser zu profilieren. Hierzu gehört auch das Wohnen am und insbesondere auf dem Wasser. Der Bezirk hat in der vergangenen Legislaturperiode auf Betreiben von SPD und GAL wichtige Planungsgrundlagen gelegt und einen „Hausbootlotsen“ eingesetzt. In dieser Legislatur sollen nun die ersten Hausbootsiedlungen entstehen.

Zur Stärkung des Wohnstandortes Hamburg-Mitte setzen sich die Koalitionsparteien SPD und GAL folgende Ziele:

- Der Kleine Grasbrook soll sobald wie möglich aus dem Hafenenwicklungs- und Zollgebiet entlassen und als innerstädtisches Wohn- und Geschäftsquartier entwickelt werden.
- Das innerstädtische Wohnen soll weiter gestärkt werden. Hierzu sollen neben der Erschließung von Flächen leer stehende Büros in Wohnungen umgewandelt werden.
- Das Wohnen auf Hausbooten und „schwimmenden Häusern“, z. B. in Hamm-Süd und im Spreehafen, soll ermöglicht werden.

Der Wohnraum der Zukunft besteht jedoch nicht nur aus Neubauten. Die Instandhaltung und Modernisierung des bestehenden Wohnraums ist wichtig für eine funktionierende Stadt. Nachverdichtungspotential ist behutsam zu erschließen, durch Zusammenlegung von kleineren zu größeren Wohnungen soll neuer Wohnraum für Familien geschaffen werden. Dabei muss ein angemessener Anteil kleinerer, preiswerter Wohnungen erhalten bleiben.

Die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes ist voranzutreiben, um den Energieverbrauch und die Wohnnebenkosten zu senken. Schwerpunkt der zukünftigen Modernisierung werden dabei die in den 50er- und 60er-Jahren entstandenen Siedlungen sein. Die Koalitionsparteien SPD und GAL sind sich einig darüber, diese Siedlungen als familienfreundliche Quartiere zu entwickeln. Bei

der baulichen Veränderung von Gebäuden zur Verbesserung der Energiebilanz ist darauf zu achten, dass die Stadtteile nicht durch eine völlig veränderte Fassadengestaltung ihr typisches Gesicht verlieren.

Für die Modernisierung des Wohnstandorts Hamburg-Mitte setzen sich die Fraktionen von SPD und GAL folgende Ziele:

- Die 50er- und 60er-Jahre-Wohnungen sollen energie- und kostensparend modernisiert werden.
- Bei der Modernisierung des Wohnraumes ist auf barrierefreie, familien- und seniorengerechte Sanierung zu achten.
- Neben der Sanierung der Gebäude ist auch auf ein geeignetes Wohnumfeld zu achten, das den Ansprüchen von Familien und älteren Menschen gerecht wird. Auch die Grünanlagen in den 50er- und 60er-Jahre-Siedlungen sollen ertüchtigt werden.

6. Wohnen und Arbeiten im Stadtteil des 21. Jahrhunderts – Entwicklung eines Leitbildes

Der Bezirk Hamburg-Mitte ist derjenige Bezirk mit der größten Erfahrung im Bereich der Aktiven Stadtteilentwicklung. Seit mehr als 20 Jahren haben Wohnungsbauexperten, Verwaltungsmitarbeiter, Beschäftigte sozialer Träger, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und vor allem ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger vielfältige und wertvolle Erfahrungen mit der nachhaltigen Umgestaltung der Quartiere gesammelt. Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, diesen reichhaltigen Fundus weiterhin intensiv zu nutzen und anzureichern. Deswegen soll ein „Leitbild Wohnen und Arbeiten im Stadtteil des 21. Jahrhunderts“ entwickelt werden. Dieses Leitbild soll die Grundlage für die zukünftige Stadtentwicklung darstellen und in einem bezirklichen Entwicklungsplan dargestellt werden.

Als wesentliche Punkte dieses Leitbildes vereinbaren die Koalitionspartner:

- Förderung der Eigenverantwortung und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zur Stärkung guter Nachbarschaften.
- Wohnungsbaupolitische Leitziele, die den erheblichen Bedarf an neuem Wohnraum berücksichtigen und sowohl den Anforderungen an familiengerechtes Wohnen als auch einer älter werdenden Gesellschaft Rechnung tragen.
- Stadtplanerische Grundsätze, die die immer stärker werdende Verzahnung von Beruf, Wohnen und Freizeit berücksichtigen.
- Verkehrspolitische Grundsätze, die alle Mobilitätsanforderungen der Menschen berücksichtigen.
- Stärkung der Lebensqualität in den Quartieren durch ausreichende Ausstattung mit Grünanlagen, Nahversorgung, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Schulen und Kindertagesstätten.
- Entwicklung von Förderprogrammen für innovative Projekte wie z. B. generationenübergreifende Wohnformen.

7. Gute Nachbarschaften brauchen einen behutsamen Umgang mit der bestehenden Bausubstanz – für eine aktive Denkmalpflege

Dem Erhalt der bestehenden Bausubstanz im Rahmen der Denkmalpflege kommt im Bezirk Hamburg-Mitte eine besondere Bedeutung zu. Die historischen Gebäude tragen zur Identität bei und sind Ausdruck einer gewachsenen Baukultur. Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass der Erhalt herausragender Gebäude und eine aktive Denkmalpflege wichtige Bestandteile der Bezirkspolitik sind. Im Einzelnen vereinbaren die Koalitionspartner folgende Punkte:

- Keine neuen „Hochhäuser“ oder baulichen Hochpunkte mit Fernwirkung im Stadtzentrum.
- Dokumentation der historischen Bedeutung des Domplatzes und seiner früheren Bebauung und des benachbarten Gebiets (einschließlich Petrikirche und ehemaliger „Kirchhof“) für die Hamburger Stadtgeschichte.
- Nach der Zuständigkeitsübertragung für größere Teile der Denkmalpflege auf die Bezirke (u. a. Ensembleschutz) muss die personelle und finanzielle Kapazität im Bezirk angepasst werden.
- Schnelle Einleitung der Unterschutzstellung charakteristischer Bauten und Ensembles.
- Identifizierung von Industriedenkmalen und von denkmalwürdigen Baulichkeiten bestehender Unternehmen in Wilhelmsburg und der Gebäude der Norddeutschen Affinerie und wissenschaftliche Erfassung des historischen Gebäudebestands (Wohn-, Gewerbe- und Industriebauten) im Zusammenhang und ggf. in Kooperation mit der IBA („Denkmalinventar der Elbinseln Veddel und Wilhelmsburg“). Erhalt des Schröderschen Hofes, der sich bereits in sehr schlechtem baulichen Zustand befindet.
- Darstellung der Denkmale und denkmalwürdigen Bauwerke in Form geeigneter Karten (auch: GIS – Geographisches Informationssystem) und Berichte (Denkmalinventar).
- Beschleunigung der Prüfung denkmalwürdiger Bauwerke und ihrer Eintragung als „geschützte Baudenkmale“.
- Beschleunigte Prüfung und Schutz historischer Ensembles, wie z. B. in der Annenstraße und der Paul-Roosen-Straße.
- Erhalt der Güterschuppen und Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte Lohseplatz für die Deportationen während des NS-Regimes.
- Ausweitung des Platzes südlich der St. Petri-Kirche durch Aufhebung des westlichen Abschnitts der Straße Speersort und Wahrung des Charakters der historischen „Bürgerkirche“ im Falle einer Umbauung.
- Einhaltung der Binnenalsterverordnung bei allen Bauvorhaben mit Sichtbezug zum „Alsterpanorama“.
- Keine Werbeanlagen am Ufer (*zuständig: Bezirk*) bzw. auf (zuständig: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) der Binnenalster.
- Intensivere Kooperation mit Institutionen, Vereinigungen und privaten Sponsoren (z. B. der Patriotischen Gesellschaft – Arbeitskreis Denkmalschutz –, der Stiftung Denkmalpflege u. a.) und Einwerbung privater Mittel zur Denkmalinventarisierung und -erhaltung.
- Frühzeitige Kooperation mit Immobilienfachleuten bei der Entwicklung von Konzepten für die Erhaltung und zukunftsfähige Nutzung denkmalwürdiger Gebäude.

III. Verkehr, Umwelt und Management des öffentlichen Raums

1. Bezirksliches Verkehrsleitbild für das 21. Jahrhundert entwickeln

Die Koalitionsparteien vereinbaren, dass ein „Leitbild Verkehr“ entwickelt werden soll, das lösungsorientiert mit Verkehrsproblemen, Verkehrsströmen und insgesamt den verkehrspolitischen Anforderungen an Mobilität unter den Bedingungen des 21. Jahrhundert umgeht. Dieses Leitbild Verkehr soll unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden.

Dabei sind die Anforderungen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer – Autofahrer, Fahrradfahrer, Fußgänger, Teilnehmer des ÖPNV – zu berücksichtigen. Die Koalitionfraktionen verständigen sich darauf, dass der Bezirk Hamburg-Mitte sich gegenüber dem Senat für weitere Modelle des Car-Sharing ebenso einsetzt wie für ein modernes Leihfahrradsystem in Hamburg. Der Bezirk Mitte schafft neue Stellplätze auf geeigneten Flächen, auch im Straßenraum.

Die Untere Straßenverkehrsbehörde soll auf die Bezirke übertragen werden. Die Rot-Grüne Koalition unterstützt dieses Vorhaben und setzt sich für eine schnelle Umsetzung ein.

2. Zentrale Verkehrsprojekte im Bezirk Hamburg-Mitte

Als zentraler Bezirk Hamburgs ist Mitte von verschiedenen Verkehrsprojekten von gesamtstädtischer Bedeutung betroffen. Die Koalitionsparteien SPD und GAL einigen sich dabei auf folgendes Vorgehen:

- Die Ortsumgehung Finkenwerder muss schnellstmöglich gebaut werden. SPD und GAL erwarten vom Senat die Umsetzung der beschlossenen Trasse.
- Der geplante Bau der Hafenuferspanne darf den „Sprung über die Elbe“ nicht konterkarieren und soll nicht aufgeständert über den Spreehafen verlaufen. Die Koalitionspartner unterstützen die Diagonaltrasse West.
- Der Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße wird angestrebt.
- Die Umstrukturierung der Stresemannstraße darf nicht einseitig zu Lasten von Mitte erfolgen. Bei den weiteren Planungen ist der Bezirk Hamburg-Mitte zu beteiligen. Eine Entscheidung kann nicht ohne den Bezirk Hamburg-Mitte erfolgen.

3. Besondere Verkehrszonen

Die Koalitionsparteien verständigen sich darauf, das Verkehrskonzept des „Shared Space“ weiterhin zu fördern. Die Koalitionspartner erwarten sich von diesem Instrument eine gerechtere Aufteilung des Straßenraums. Umsetzbar ist das Konzept in ausgewählten Straßen- bzw. Verkehrsräumen. Damit verbunden ist die Erwartung einer gezeimten, freundlicheren Verkehrsabwicklung auf dafür geeigneten Verkehrsflächen und unter Beteiligung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern.

Das Konzept des „Shared Space“ ist als Planung bisher in der Langen Reihe begonnen worden und soll dort unter breiter Bürgerbeteiligung fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die Umsetzung an weiteren Orten ist auf der Grundlage einer Evaluierung der Prozessergebnisse in der Langen Reihe möglich.

Die Koalitionfraktionen SPD und GAL streben an, dort, wo es sich anbietet, verkehrsberuhigte Zonen zu schaffen. Insbesondere sollen Freiflächen von hoher Aufenthaltsqualität entstehen, z. B. am Burchardplatz oder am Zeughausmarkt. An anderen Stellen soll eine Doppelnutzung von Stellplätzen verstärkt werden (z. B. im Bereich der Hamburg Messe).

4. Parkplatzsituation und der Bau von Quartiersgaragen

Bei ohnehin geplanten Großbauprojekten ist stets zu prüfen, ob Quartiersgaragen gebaut werden können. Ebenso soll geprüft werden, ob ein Modellprojekt im Rahmen der IBA realisierbar ist.

Das Bewohnerparken soll bei Bedarf ausgeweitet und ggf. neue Modelle erprobt werden (z.B. das Berliner Modell).. Hier und in anderen Gebieten mit Parkraumbewirtschaftung soll die Kontrolle intensiviert werden. Bewohnerparkgebiete sollen besser kenntlich gemacht werden, z. B. durch Markieren der Bordsteine. Vorhandene Härten für einzelne Gebiete, wie z. B. rund um die Seilerstraße, sollen beseitigt werden.

Vorhandene Stellplätze sollen nicht ersatzlos wegfallen, wenn nicht anderweitig für eine Entspannung der Parkraumsituation gesorgt werden kann. Die Koalitionspartner streben außerdem eine Bilanzierung der Parkplatzkapazität im Bezirk an.

5. Lärmschutz fördern

Gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie wird für Hamburg ein Kataster erstellt. Danach wird der Bezirk Hamburg-Mitte für die am meisten belasteten Gebiete Aktionspläne erarbeiten.

Dies gilt auch für das Streckennetz der Deutschen Bahn, besonders auf der Nord-Süd-Strecke über die Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel und der anschließenden Güterumgehungsbahn.

Insbesondere werden die Koalitionspartner die Möglichkeiten prüfen, mehr Lärmschutz für Billstedt und Wilhelmsburg entlang der A1, B5, A 24, B 4/75 und an Hauptverkehrsstraßen (ggf. durch Geschwindigkeitsbegrenzungen) zu erreichen.

Bei der Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen soll darauf geachtet werden, eine Massierung lärmintensiver Veranstaltungen in den innenstädtischen Quartieren zu vermeiden, um die Wohnqualität zu gewährleisten.

6. Förderung des Fahrradverkehrs

Angesichts der Verkehrsbelastungen in Hamburg-Mitte als dem zentralen Bezirk der Stadt kommt der Förderung des Fahrradverkehrs eine besondere Bedeutung zu. Neben dem Aufbau eines gesamtstädtischen Fahrradleihsystems halten es die Koalitionspartner für erforderlich, dass auf Hamburger Ebene mehr für den Fahrradverkehr getan wird. Insbesondere sind dem Bezirk mehr Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Die Koalitionspartner einigen sich für den Bezirk Hamburg-Mitte im Rahmen der Möglichkeiten auf folgende Ziele und Maßnahmen:

- Schaffung von mehr Fahrradabstellplätzen einschließlich sicherer und überdachter Möglichkeiten, oder Fahrradbügel zum Anschließen von Fahrrädern,
- Verbesserung des Zustands der Fahrradwege und Aufhebung der Benutzungspflicht für faktisch unbenutzbare Radwege,
- Schaffung durchgängiger Fahrradwege bzw. Velorouten,
- deutliche Kennzeichnung der Radwege und Beseitigung von Barrieren (z. B. an Treppenanlagen),
- Schaffung neuer Radwegetrassen entlang der A1, durch den Alten Elbtunnel, und entlang des Großmarkts, sowie eine fußgänger- und radverkehrsfreundliche Erschließung der HafenCity,
- die Schaffung einer Verwaltungsstelle für Rad- und Fußverkehr im Bezirksamt Hamburg-Mitte soll geprüft werden.

7. Gute Nachbarschaften brauchen attraktive Plätze, Parks und Grünanlagen

Der öffentliche Raum und die Qualität der Plätze in Hamburg-Mitte sind für das Stadtbild und die

Lebensqualität in den Quartieren von besonderer Bedeutung. Wo gute Nachbarschaften entstehen sollen, brauchen die Menschen Treffpunkte zum Austausch. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Aufwertung des öffentlichen Raumes und der Plätze ein.

Der öffentliche Raum ist Gemeingut. Den Verkauf öffentlicher Flächen oder eine lang andauernde Einschränkung der öffentlichen Nutzung werden die Koalitionspartner daher restriktiv handhaben.

Eine für sämtliche Nutzerinnen und Nutzer attraktive Stadtmöblierung ist ebenso Grundlage für die Attraktivität, wie Sicherheit und Sauberkeit der öffentlichen Wege und Grünanlagen. Die Spiel- und Sportflächen in den Quartieren, Parks und Grünanlagen müssen generell ausreichend dimensioniert sein und ansprechend gestaltet werden.

Die innerstädtischen Plätze und Grünanlagen haben als Identifikationspunkte einen hohen Stellenwert. Die Koalitionspartner setzen sich deshalb folgende Ziele:

- Die Rennbahnstraße soll im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung umgestaltet werden, so dass für Horn ein attraktives Ortszentrum entstehen kann. Das in der vergangenen Legislaturperiode angeschobene Projekt „Stadtteilhaus“ soll so schnell wie möglich umgesetzt werden.
- Das Ortszentrum Billstedt soll im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung verbessert werden.
- Die Fläche des Heiligengeistfeldes soll für den Dom gesichert bleiben, eine Bebauung von Teilflächen wird abgelehnt.
- Die in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich angelaufene Belegung des Kontorhausviertels soll ausgebaut werden.
- In der HafenCity müssen attraktive kommunale Flächen entstehen, die unter anderem z. B. für einen Wochenmarkt genutzt werden können.
- Der Hansaplatz soll als Stadtteil-Treffpunkt wieder gewonnen werden.
- Pflanzen und Blumen dürfen keine weiteren Grünflächen durch Versiegelung verlieren.

Im zentralen Bezirk Hamburg-Mitte hat die Förderung von Grün und von Parkanlagen besondere Bedeutung. Die Koalitionspartner verständigen sich darauf, den Grünbestand zu schützen und zu pflegen. Dort, wo dies nicht möglich ist, muss ortsnah Ersatz geschaffen werden. Innerstädtische Grünflächen sollen nicht bebaut und Naturschutzgebiete bewahrt und aufgewertet werden. Eine Vermüllung von Grünanlagen muss, z. B. durch geeignete Mülleimer, stärker bekämpft werden. Dabei kommt es darauf an, die Ressourcen des Bezirks (bzw. der Bezirke) von Senatsseite her zu verbessern.

Die Koalitionspartner sind sich außerdem darüber einig, dass das Altpfelfeld Kirchsteinbek nicht zur Ablagerungsfläche für Hafenschlick werden darf. Vielmehr soll weiterhin die Sanierung und Erschließung des Altpfelfeldes Kirchsteinbek als Naherholungsfläche betrieben werden.

Die Kleingärten im Bezirk sollen erhalten und gestärkt werden.

8. Gute Nachbarschaften brauchen Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum

Um die Sicherheit in den Stadtteilen zu verbessern, soll die Beleuchtung von Fußwegen überprüft und gegenüber den Fachbehörden Verbesserungen erwirkt werden. Ziel ist es, Angsträume abzubauen und dadurch allen Bevölkerungsgruppen Mobilität unabhängig von der Tageszeit zu ermöglichen.

Gegen das Urinieren im öffentlichen Raum, insbesondere in den Vergnügungsvierteln, soll stärker vorgegangen werden, besonders durch mehr öffentliche Toiletten, aber auch durch eine Zusammenarbeit mit den Gastronomen.

Um die Vermüllung des Straßenraums abzubauen, werden Initiativen zur Umstellung von Sack- auf Behältersammlung forciert und mögliche Lösungen anderer Städte auf ihre Übertragbarkeit hin geprüft.

IV. Soziales, Integration und Gesundheit

1. Gute Nachbarschaften brauchen eine Fortsetzung der aktiven bezirklichen Seniorenpolitik

Der Bezirk Hamburg-Mitte hat wegweisend als erster Hamburger Bezirk sowohl ein bezirkliches Seniorenleitbild entwickelt als auch ein Integrationsleitbild. Diese beiden Leitbilder gilt es systematisch weiterzuentwickeln. Ziel der Koalitionspartner SPD und GAL ist und bleibt es, die Senioren- als auch die Integrationspolitik als querschnittsorientierte Aufgabe auszubauen. Als Schwerpunkte der Seniorenpolitik im Bezirk Hamburg-Mitte vereinbaren die Koalitionspartner insbesondere folgende Punkte:

- In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften soll seniorenrechtliches Wohnen forciert werden. Ziel ist es, Bedingungen zu schaffen, die es Senioren erlauben, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu bleiben. Dieses Ziel soll insbesondere durch gezielte Absprachen mit den Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften erreicht werden.
- Ein neuer Schwerpunkt soll das Thema Senioren und Bildung und das Thema Senioren und Sport werden. Die Koalitionspartner werden dazu Initiativen entwickeln.
- Nach dem Vorbild von *Liman* sollen weitere Seniorentreffs für Migranten in anderen Stadtteilen bereitgestellt werden. Der Bezirk wird dazu in Gespräche eintreten.
- Die Existenzgründung von Senioren soll gefördert werden. Dazu soll ein Existenzgründerzentrum für Senioren initiiert werden.
- Aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur soll eine Bedarfsanalyse für Seniorentreffs entwickelt werden.
- Es wird die Errichtung weiterer Mehrgenerationenhäuser angestrebt. Dabei soll versucht werden, Mehrgenerationenhäuser und Stadtteilhäuser miteinander zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Etablierung von Generationengärten im Bezirk (nach Berliner Vorbild) vorangetrieben werden kann.
- Es wird an der eigenen Vertretung des Seniorenbeirates im Fachausschuss festgehalten.

2. Barrierefreiheit fördert Mobilität und gute Nachbarschaften

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, Barrierefreiheit im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten zu fördern. Dies beinhaltet folgende Punkte:

- Schaffung sogenannter barrierefreier öffentlicher Dienststellen für alle mobilitäts-, hör- und sehbehinderten Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Herstellung von Barrierefreiheit in Bezug auf die behördliche Kommunikation.
- Schaffung barrierefreier S-Bahn- und U-Bahnstationen. Dazu ist erforderlich und wird erwartet, dass die bezirklichen Gremien rechtzeitig in die Planung einbezogen werden, um Einfluss ausüben zu können. Es soll außerdem eine Bestandsaufnahme der bestehenden Situation durchgeführt werden.

3. Gesundheit und Pflege verbessern

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass der Gesundheit größere Bedeutung in der Bezirkspolitik zukommen muss. SPD und GAL streben den Beitritt des Bezirks Hamburg-Mitte zum „Gesunde Städte Netzwerk“ an. In dieser Legislaturperiode sollen die Voraussetzungen für einen

Beitritt geprüft und die erforderlichen Schritte gegangen werden.

Darüber hinaus kommt es darauf an, im zentralen Bezirk Hamburg-Mitte Lösungen zu finden, wie die gesundheitliche Versorgung in den Stadtteilen auch künftig gewährleistet werden kann. Die Einrichtung des Runden Tisches Wilhelmsburg ist dabei nur der erste Schritt. Ziel der Koalitionspartner ist und bleibt die wohnortnahe ärztliche Versorgung der Bevölkerung, in Wilhelmsburg, in Hamm-Süd und vielen anderen nicht-innerstädtischen Stadtteilen.

Die gesundheitliche Prävention muss verstärkt zu einem Bezirksthema werden. Dies betrifft ganz unterschiedliche Bereiche, wie z. B. die Förderung von Schutzimpfungen, die Teilnahme an den U- und J-Untersuchungen („Ich geh’ zur U und Du?“), Unterstützung der Aids-Hilfe und Aids-Prävention, Rauchverbot auf Kinderspielplätzen u. a. Die Entwicklung einer bezirklichen Informationsbroschüre (Anlaufstellen, Projekte, Maßnahmen, Beratungsstellen) soll geprüft werden. Die Koalitionspartner fordern darüber hinaus von der Fachbehörde die Erstellung eines Gesundheitsberichts.

Die bestehende Gesundheits- und Pflegekonferenz soll fortgesetzt und weitere Gesundheits- und Pflegekonferenzen sollen im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten begonnen werden. Besondere Bedeutung in der Pflege kommt – in Absprache mit der Fachbehörde – dem Ausbau und der Stärkung der Pflegequalitätssiegel zu.

Die bundesweit neu entstehenden Pflegestützpunkte sollen auf Bezirksebene gefördert und begleitet werden. Die Bezirksgremien sind dabei zu befassen und in die Entscheidung über die Standorte einzubeziehen.

Generell soll die interkulturelle Pflege in den entsprechenden Einrichtungen für Senioren stärkere Beachtung finden. Dazu bedarf es einer Bestandaufnahme und gezielter Verabredungen mit den Pflegeträgern, um – soweit bisher nicht vorhanden – mehr Rücksicht auf kulturelle Unterschiede in der Pflege für Senioren mit Migrationshintergrund zu nehmen. Die Koalitionspartner streben gezielte Vereinbarungen mit den Trägern an.

4. Gute Nachbarschaften brauchen eine Fortsetzung der aktiven bezirklichen Integrationspolitik

Die Koalitionspartner SPD und GAL haben in der letzten Legislaturperiode eine aktive zukunftsweisende Integrationspolitik für den Bezirk Mitte begonnen. Diese Politik soll fortgesetzt werden. Hamburg-Mitte ist derjenige Bezirk mit dem höchsten Anteil an Migranten. Deren Integration kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Koalitionspartner wollen deshalb die Ziele des Integrationsleitbildes umsetzen und weiterentwickeln. Insbesondere wird vereinbart:

- Die Integrationskonferenzen werden fortgesetzt. Künftig soll zweimal jährlich eine Integrationskonferenz für den Bezirk Hamburg-Mitte stattfinden.
- Der Bürgerpreis für Migranten, die sich in vorbildlicher Weise für die Integration einsetzen, soll jedes Jahr vergeben werden.
- Die Bezirkspartnerschaft insbesondere mit Izmir-Konak soll fortgesetzt, gepflegt und ausgebaut werden.
- Ein besonderer Schwerpunkt der Integrationspolitik im Bezirk Hamburg-Mitte bildet die Qualifizierung migrantischer Unternehmer. Es wird die Realisierung eines Projekts angestrebt, das es Unternehmern mit Migrationshintergrund ermöglicht, aus ihren Betrieben Ausbildungs- bzw. Meisterbetriebe zu machen.
- Der Bezirk Hamburg-Mitte strebt die Einsetzung von Integrationslotsen nach Vorbild des Berliner Bezirks Mitte an.
- Weitere interkulturelle Gärten zu schaffen.
- Der Beitritt des Bezirks Hamburg-Mitte zur internationalen Städteorganisation gegen Rassismus wird angestrebt.
- Die Schaffung eines bzw. einer Verantwortlichen für Integration wird angestrebt.

5. Schwule und Lesben

Die Koalitionspartner SPD und GAL wollen die Akzeptanz von Lesben und Schwulen im Bezirk verbessern. Die Arbeit von Intervention e. V. und dem Junglesbenzentrum liefert einen wichtigen Beitrag für den Bezirk. Der Bezirk setzt sich dafür ein, ein vom Land eingerichtetes Jugendzentrum für Schwule in Mitte anzusiedeln. Schwule Männer sind überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalttaten. Wir wollen die Situation prüfen und geeignete Instrumente gegen diese Gewalt einsetzen. Die CSD-Parade wird auch weiterhin vom Bezirk Hamburg-Mitte gefördert.

6. Sozialraummanagement

Mit der Schaffung des Bereichs Sozialraummanagement kommt der Kooperation von Einrichtungen im Bezirk eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere werden die sozialen Einrichtungen nicht mehr nur „für sich“, sondern in ihrem Umfeld und Wirkungsbereich betrachtet. Dies macht es – sowohl für die Verwaltung wie auch für die Bezirkspolitik – erforderlich, Sozialräume im Zusammenhang zu betrachten. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Koalitionspartner, eine „Kartierung“ der vorhandenen Einrichtungen vorzunehmen, um auf dieser Grundlage deren bessere Vernetzung sicherzustellen. Darüber hinaus sollen sogenannten Stadtteilzentren gezielt gefördert werden und in den Stadtteilen des Bezirks als soziale Zentren fungieren.

Die Koalitionspartner fordern von der Fachbehörde auskömmliche Mittel für das bezirkliche Sozialraummanagement, da das Sozialraummanagement vom Senat bisher nicht mit ausreichend Mitteln ausgestattet wurde.

V. Schule, Sport, Kita, Jugendhilfe

1. Gute Nachbarschaften brauchen gute Schulen, die im Stadtteil aufblühen

Den Schulen kommt in den Stadtteilen eine herausragende Bedeutung über das schulische Lernen hinaus zu. Mit dem Ausbau der Schulen zu echten Stadtteilschulen muss ihre Einbindung in den Stadtteil aktiv betrieben werden. Die Koalitionspartner SPD und GAL sind sich darüber einig, dass dies die Grundlage der bezirklichen Schul- und Jugendpolitik bilden soll. Im Einzelnen vereinbaren die Koalitionspartner folgende Punkte:

- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die äußere Schulverwaltung wieder an die Bezirke übertragen wird. Insbesondere sollen die Schulhausmeister öffentlich Beschäftigte bleiben, die nicht „out-gesourced“ werden dürfen. Die Schulhausmeister bilden das Rückgrat der Schulen und ihrer Einbindung in den Stadtteil.
- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die Mittelausstattung der Schulen gesichert und den Erfordernissen angepasst wird. Insbesondere die in der Vergangenheit erfolgten Kürzungen bei den Ganztagschulen sollen zurückgenommen werden.
- Es soll dafür Sorge getragen werden, dass an den entstehenden Stadtteilschulen ausreichend Räume zur Verfügung stehen. Die Standorte sind im Einvernehmen mit dem Bezirk zu planen.
- Im Rahmen der anstehenden Schulreform soll die Organisationsstruktur der Kreiselternräte überprüft werden.
- Dort, wo es sinnvoll ist, sollen Schulverträge mit türkischen Gemeinden und privaten Schulen geschlossen werden.
- Der Bezirk will Schulabgängern den Übergang von der Schule in das Berufsleben erleichtern. Dazu sollen mit Beteiligten Projekte und Lösungen entwickelt werden.
- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass es keine namentliche Meldepflicht für Schülerinnen und Schüler ohne gesicherten Aufenthaltsstatus gibt.
- Die Möglichkeiten zur Gründung einer Schulfußball-Liga auf Bezirksebene soll geprüft werden.

2. Gute Nachbarschaften brauchen gute Kindertagesstätten

Die Koalitionspartner vereinbaren folgende Maßnahmen:

- Die Bedarfszahlen an Kita-Plätzen in den Stadtteilen insbesondere aufgrund der neuen Primarschulentwicklung sollen schnellstmöglich ermittelt werden.
- Die Einrichtung von bilingualen Kitas wird unterstützt.
- Die Übernahme von Pilotprojekten aus Niedersachsen wie z. B. die sogenannte „Kinder-Uni“ soll geprüft und ggf. unterstützt werden.
- Die Koalitionspartner fordern eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Kitas und eine generelle Öffnung auch am Wochenende.
- Die Stadt Hamburg muss für genügend Plätze und Mittel sorgen, damit ehrenamtliche Tätigkeit nur zusätzlich in Anspruch genommen wird und hauptamtliche Arbeit nicht ersetzt.
- Der Kinderatlas nach dem Wandsbeker Modell soll überarbeitet werden.

3. Gute Nachbarschaften brauchen eine gute Sportpolitik in Hamburg und im Bezirk Hamburg-Mitte

Der Breitensport ist in den vergangenen Jahren unter dem CDU-Senat vernachlässigt worden. Den Bezirken wurden nicht genügend Mittel zur Erneuerung der Sportstätten zur Verfügung gestellt. Die Pflege wurde massiv gekürzt. Wir gehen davon aus, dass dies mit dieser Legislaturperiode ein Ende hat und der Sport wieder in den Fokus der Senatspolitik rückt. Sportvereine sind für gut funktionierende Nachbarschaften von großer Bedeutung. Ohne den Breitensport gibt es keine Spitzenleistungen. Die Koalitionspartner SPD und GAL verständigen sich auf folgende Punkte:

- Die Investitionsstaus bei den Sportstätten im Bezirk müssen aufgelöst werden, mit dem Schwerpunkt der energetischen Sanierung gelegt werden. Die zuständige Behörde wird aufgefordert, die Mittelzuweisungen an die Bezirke nach objektiven Kriterien vorzunehmen.
- Der Bezirk soll einen Sportentwicklungsplan aufstellen. Bei der Entwicklung sollen die Vereine, der HSB, Schulen und Kitas, der Seniorenbeirat und die Fachbehörde einbezogen werden.
- Die Koalitionspartner wollen eine Ausweitung der Nutzungszeiten von Sportstätten nach 22 Uhr, Synergien bei Hallenwart und Hausmeister sollen untersucht und Überstunden wieder bezahlt werden.
- Die Vergabe von Hallenzeiten an Vereine und Institutionen muss schneller und transparent erfolgen.
- Es sollen keine reinen „Ausländer-Ligen“ in den vorhandenen Staffeln geschaffen oder behalten werden.
- Es soll eine öffentliche Anhörung zur Zukunft der Bäder im Bezirk durchgeführt werden.
- In der HafenCity sind die Voraussetzungen für Breitensport zu schaffen.
- Die Eisbahn in Planten un Blumen muss auch nach der Renovierung dem Breitensport wie bisher uneingeschränkt zur Verfügung stehen.
- Nach Bedarf sollen Rasen- und Kunstrasenplätze geschaffen und die bestehenden Grandplätze ersetzt werden.
- Es sollen zusätzliche Sportangebote im öffentlichen Raum geschaffen werden (Streetball, Tischtennis etc.).
- Die Unterhaltstitel für Sportstätten (Betriebskosten) müssen gedeckt sein, d. h. die zuständige Behörde wird aufgefordert, die Betriebsmittelzuweisungen jährlich an die realen Energiekosten anzupassen. Die Mittel müssen auskömmlich sein.
- Die Möglichkeit des Zusammenschlusses von kleinen Vereinen in einzelnen Projekten und Vorhaben wird angeregt, um eine bessere Koordination zu ermöglichen.
- Es sind nicht genügend Sportstätten für Schulen vorhanden. Der Bedarf soll festgestellt werden und durch den Neubau von Hallen behoben werden.
- Fortsetzung der Aktivitäten zur Förderung von Skatern in Zusammenarbeit mit den Aktiven und Förderern.

4. Gute Nachbarschaften brauchen Jugendhilfepolitik

Die Integration der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen für die im Stadtteil lebenden Jugendlichen in die sich verändernde Bildungslandschaft ist die entscheidende Aufgabe in dieser Legislaturperiode. Die Koalitionspartner sind sich dabei in dem Ziel einig, für jeden Stadtteil ein eigens auf ihn zugeschnittenes Konzept zu entwickeln. Insbesondere sollen folgende Punkte Bestandteil dieses Konzepts sein:

- Das Jugendamt soll zwei Workshops zur Erarbeitung bezirksübergreifender Konzepte für die Bereiche Integration, Sport, Sexualität, Weiterbildung und Musik mit den Mitarbeitern der

kommunalen und der freien Träger abhalten.

- Beendigung der Mittelumschichtung zwischen den Bezirken ab dem Jahre 2009 sowie Erstattung der strukturellen Einsparungen der Jahre 2007 und 2008.
- Erstattung der von Wilhelmsburg nach Harburg umgeschichteten Mittel entgegen der Stichtagsregelung des Senats.
- Der Senat wird aufgefordert, künftig die kommunalen Stellen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk extern zu besetzen.
- Der Senat wird aufgefordert, für den Bereich Reeperbahn/ St. Pauli drei zusätzliche Straßensozialarbeiterstellen zur Verfügung zu stellen.
- „It takes a village to raise a child.“ – Daher wird das Bezirksamt beauftragt, für jedes Quartier eine Vernetzungskonferenz mit allen an der Kindererziehung Beteiligten in Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss zu organisieren.

VI. Kultur, Haushalt, Wirtschaft

1. Gute Nachbarschaften brauchen ein aktives und attraktives Stadtteilkulturleben

Stadtteilkultur ist eine wichtige Voraussetzung guter Nachbarschaften im Bezirk und in den Stadtteilen. Dabei kommt es darauf an, dass die Träger der Stadtteilkultur hohen Qualitätsmaßstäben genügen und sich alle auf einem vergleichbar hohen Niveau bewegen. Die Koalitionspartner unterstützen die Aktivitäten der Stadtteilkultur jährlich mit den dem Bezirk zur Verfügung stehenden Mitteln. Daneben kommt es darauf an, die Kreativszene in den Stadtteilen, aber insbesondere in St. Pauli, einem der wichtigsten Musikclubstandorte der Stadt, zu unterstützen. Die Arbeit des Runden Tisches zwischen Verwaltung und Musikclubs soll fortgesetzt werden. Im Einzelnen vereinbaren die Koalitionspartner SPD und GAL folgende Punkte:

- Die Musik- und Clubkultur soll unterstützt und gefördert werden, darunter so wichtige Projekte wie die HipHop-Akademie, die Jamliners und die Klangstrolche.
- Die Zwischennutzung geeigneter Räume und Gebäude als Übungsräume wird befürwortet.
- Es ist zu prüfen und gegenüber der Fachbehörde einzufordern, dass ein Straßenmusik-Festival in Hamburg etabliert wird.
- Im Zuge der IBA-Planungen setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, eine Open-Air-Bühne zu errichten.
- Das Angebot preisgünstiger Atelier- und Ausstellungsräume soll vergrößert werden. Dafür kommen u. a. Zwischennutzungen brachgefallener Gewerberäume in Frage. Eine Bestandaufnahme bestehender Möglichkeiten soll erstellt werden.
- Weitere Förderung der Stadtteilkultur in Hamm, Horn und Billstedt (z. B. Kulturpalast Billstedt) sowie Wilhelmsburg (z.B. Honigfabrik, Bürgerhaus Wilhelmsburg).
- Sicherung der Mittel der Stadtteilarchive und Geschichtswerkstätten und, wo möglich, deren Ausweitung aufgrund zusätzlicher Mittel aus der Fachbehörde.
- Sicherung und Förderung der Standorte und Angebote der HÖB-Stadtteilbibliotheken.
- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, das Projekt „Lust am Lesen – Lesegutscheine für ABC-Schützen“ im Bezirk Mitte fortzusetzen und auszuweiten.
- Das Heiligengeistfeld wird nicht – auch nicht auf Teilflächen – bebaut. Das Feld bleibt auch in Zukunft für die drei jährlichen Domveranstaltungen reserviert. Der Hamburger Dom wird auch in Zukunft von einer Fachbehörde oder dem Bezirk Mitte veranstaltet.

2. Haushalt

Die Koalitionspartner SPD und GAL vereinbaren eine solide Haushaltspolitik im Bezirk, auch eingedenk dessen, dass die Mittel häufig nicht auskömmlich sind. Die Übertragung von Aufgaben von Senatsseite ohne gleichzeitige Mittel- und Ressourcenübertragung an den Bezirk wird abgelehnt. Zur Realisierung der zwischen SPD und GAL vereinbarten Ziele und Maßnahmen, die keine eigentlichen bezirklichen Aufgaben sind, werden entsprechende Finanzierungsforderungen an die Fachbehörden des Senats gerichtet. Insbesondere vereinbaren die Koalitionspartner folgende Punkte:

- Dort, wo eine Förderung aus Bezirksmitteln stattgefunden hat, muss dies vom Empfänger in Publikationen stets benannt werden. Auf Bezirksseite ist dies verbindlich in die Förderrichtlinien aufzunehmen.
- Es soll eine regelmäßige Berichterstattung, z. B. durch Jahresberichte bzw. unterjährige Berichte, über Sponsoring, Spenden, Schenkungen erfolgen, ebenso über den Mittelzu- und -abfluss aus Sondermitteln, Sonderinvestitionsprogrammen etc.
- Sicherung der Verfügungsfonds in Sanierungs- und Stadtentwicklungsgebieten (auch für

Übergangszeiten nach Auslaufen von Maßnahmen).

- Schaffung personeller Kapazitäten zur Recherche und Prüfung der aktiven Mittelakquise aus Programmen des Bundes, der EU (Struktur- und Kohäsionsfonds, ESF und EFRE) und internationaler Organisationen.

3. Regionale Wirtschaft

Die regionale Wirtschaftsförderung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Politik. Die Koalitionspartner SPD und GAL vereinbaren insbesondere die Umsetzung folgender Ziele im Bezirk Hamburg-Mitte:

- Im Bezirksamt soll eine Anlaufstelle für die Belange der Kreativwirtschaft geschaffen werden.
- Die Koalitionspartner setzen sich für eine bessere Ausstattung der Jobcenter in der Ausbildungsförderung und der Existenzgründungs-Beratung ein.
- Die lokalen Werbegemeinschaften, Vereinigungen der Gewerbebetriebe in Quartieren und Zentren für die Nahversorgung sollen gezielt gefördert werden.
- Die Koalitionspartner starten in dieser Legislaturperiode eine Initiative zur Verbesserung der Nahversorgung.
- Die Koalitionspartner halten an ihrer bisherigen Politik im Umgang mit Anträgen auf Sonntagsöffnung in der Innenstadt und den Stadtteilen fest.
- Die Koalitionspartner streben ein bezirkliches Wochenmarktmanagement an.
- Die bezirkliche Mittelstandsförderung, insbesondere für „migrantische“ Unternehmen soll wieder aufgenommen werden (z. B. Gewerbeflächenbörse für Nahversorgungsangebote).

VII. Regionen

Die Koalitionspartner SPD und GAL legen besonderen Wert auf eine bürgernahe Stadtteilpolitik. Nach Auflösung der Ortsausschüsse kommt deshalb der Arbeit der Regionalausschüsse besondere Bedeutung zu. Die Koalitionspartner vereinbaren die Einrichtung von vier Regionalausschüssen mit den entsprechenden Unterausschüssen für Bau für folgende Regionen:

- Billstedt/Mümmelmannsberg
- Wilhelmsburg/Veddel
- Finkenwerder/Waltershof
- Horn, Hamm, Borgfelde

sowie die Einrichtung eines Zentralausschusses als Fachausschuss für die Stadtteile St. Pauli, Innenstadt, St. Georg, Hammerbrook, Klostertor, Rothenburgsort.

Für die fünf Regionen vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele und Maßnahmen:

1. Billstedt

- Die Bebauung der Grünfläche an der Archenholzstraße wird wie bisher abgelehnt. Wenn die Bebauung dennoch abgeschlossen ist, ist weiterhin nach Ersatzflächen für Veranstaltungen (z. B. Zirkus) zu suchen.
- Mit dem nächsten Bauabschnitt soll eine Busanbindung des Gebietes Haferblöcken hergestellt werden (Quartiersbus). Eine Anbindung des Öjendorfer Parks wird weiter angestrebt.
- Für Mümmelmannsberg soll das Projekt „Mehrgenerationenhaus“ im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung geprüft werden.
- Bei Auslaufen des Sanierungsgebiets Mümmelmannsberg ist eine Nachsorge sicherzustellen.
- Die Zentrumsentwicklung und die Entwicklung des Stadtteils zur Bille hin sind aufbauend auf dem Freiraumgutachten und der Aktiven Stadtteilentwicklung fort- und umzusetzen.
- Die Entwicklung in den Interventionsschwerpunkten ist vorrangig zu fördern, daneben sind Maßnahmen für das gesamte Gebiet zu ergreifen. Insbesondere sind auch die 50er- und 60er-Jahre-Siedlungen entsprechend den heutigen Bedürfnissen zu modernisieren (z. B. Merkenstraße, Cottaweg). Das umfasst sowohl eine energiesparende Wohnraumsanierung als auch Wohnumfeldmaßnahmen.
- Das auf Bezirksebene zu erarbeitende Verkehrskonzept muss auch für Billstedt zu Verbesserungen führen. Zu beachten sind sowohl der motorisierte als auch der nicht motorisierte Verkehr, der fließende ebenso wie der ruhende.
- Das Grünwegenetz soll ausgebaut werden.
- Emissions- und Lärmschutz (insbesondere an der B5 und A1) werden vorangetrieben. Die Koalitionspartner setzen sich für eine ständige Luftmessstation vor Ort ein. Eine weitere Massierung von emittierenden Betrieben in Billbrook, mit der Folge einer insgesamt stärkeren Luftbelastung für Billstedt und Mümmelmannsberg, soll verhindert werden.
- Das Gelände des Gymnasiums St. Georg muss für Schulzwecke erhalten bleiben.
- Eine ausreichende wohnortnahe ärztliche Versorgung muss gewährleistet sein.
- Die Sportplätze müssen in einem Zustand erhalten werden, der ihre Nutzbarkeit sicherstellt. Für weggefallene Sporthallen ist Ersatz zu schaffen.
- Die Planung, auf dem Altspülfeld Kirchsteinbek eine Hafenschlickdeponie zu errichten, soll beendet werden. Stattdessen fordern die Koalitionspartner SPD und GAL eine zeitnahe

Sanierung mit anschließender (und ebenfalls zeitnaher!) Erschließung der Fläche als Naherholungsgebiet.

- Der geplante Bau eines Veranstaltungsraumes für ca. 250 - 300 Personen wird begrüßt. Ein geeigneter Ort ist in Abstimmung mit den bezirklichen Gremien festzulegen.
- Die Koalitionspartner SPD und GAL fordern einen Regionalleiter, der auch die Aktive Stadtteilentwicklung betreut. Diese Person muss über ausreichende zeitliche, räumliche und personelle Ressourcen verfügen, um ihrer Funktion als Ortsbürgermeister gerecht werden zu können.

2. Hamm, Horn

Für den Stadtteil Horn vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele und Maßnahmen:

Die Koalitionspartner SPD und GAL vereinbaren bei der „Schau nach Osten“, dem größten Stadtentwicklungsprogramm der Bundesrepublik, die Gesundheitsversorgung in Billstedt und in Horn in den Fokus rücken.

Die Ergebnisse der in der letzten Legislaturperiode erstellten Gutachten über die Stadtteilzentren von Billstedt und Horn wollen wir nutzen, um die Entwicklung dieser Zentren einerseits als Standorte des Einzelhandels und andererseits als „fühlbare Zentren“ der Stadtteile voranzubringen. Der Entwicklungsraum Billstedt/Horn im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung, die „Schau nach Osten“, bietet dafür den geeigneten Rahmen. In Horn ergibt sich durch den Umbau der Rennbahn zu einer kombinierten Galopp- und Trabrennbahn ein weiterer Anschub zur kreativen Neugestaltung des Zentrums von Horn.

Die Koalitionspartner wollen insbesondere, dass

- die Horner Rennbahn zur Kombibahn umgestaltet und das in der vergangenen Legislaturperiode von SPD und GAL geforderte Mediationsverfahren begonnen wird.
- Horn wieder einen Mittelpunkt bekommt, in dem die Zentrumsentwicklung vorangetrieben wird. Dazu muss der Senat zügig über die Pläne zur Rennbahn entscheiden.
- ein Stadtteilhaus gebaut wird.
- die Evangelische Hochschule erhalten bleibt.
- das Gelände des ehemaligen Gymnasiums St. Georg als Schulstandort erhalten bleibt, ebenso soll die Turnhalle auf dem Schulgelände erhalten werden. Wir lehnen massiven Wohnungsbau an dieser Stelle ab.
- die Neuregelung eines grünen Wegenetzes zwischen Billstedt, Horn und Hamm, damit man sich auf grünen Wegen durch Horn bewegen kann.
- die 50er- und 60er-Jahre-Siedlungen zu familienfreundlichen und seniorenrechtlichen Wohnquartieren entwickelt werden.
- die Bildungschancen der Jugendlichen stärken und unterstützen das Projekt „Lernende Regionen“. Wir wollen Ganztagschulen und die Förderung der Elternschule und eine gezielte Sprachförderung für Zuwanderer.

Für die Stadtteile Hamm und Borgfelde vereinbaren die Koalitionspartner SPD und GAL folgende Ziele und Maßnahmen:

In den Bereichen mit einem hohen Anziehungspotenzial soll Bewohnerparken eingerichtet werden. Beispielsweise in der Sievekingsallee können dadurch die Parkprobleme für Anwohnerinnen und Anwohner vermindert werden.

Die Koalitionspartner wollen insbesondere, dass

- die positive Entwicklung von Hamm und Borgfelde weg von reinen Schlafstädten hin zu lebendigen Orten für Familien und Singles fortgesetzt wird. Die Wohnungen müssen bezahlbar bleiben.
- die kreativen Treffpunkte in Hamm und Borgfelde, wie z.B. die Baderanstalt, das Sprechwerk, die Sängerkademie weiterhin in ihrer positiven Entwicklung stärken, indem Genehmigungsanträge für Gastronomie wohlwollend begleitet werden.
- der Kulturladen Hamm einen attraktiveren Standort erhält.
- eine Tempo-30-Zone für das Wohngebiet Wendenstraße, Diagonalstraße und Osterbrook eingerichtet wird.
- die Attraktivität des Osterbrookviertels durch städtebauliche Impulse u.a. als Themengebiet im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung gesteigert wird.
- öffentliche Toiletten im Hammer Park entstehen.
- eine bessere Pflege der Parkanlagen stattfindet.
- Modernisierungsmaßnahmen von 50er- und 60er-Jahre-Bauten durchgeführt und familienfreundlicher und seniorengerechter, barrierefreier Wohnraum geschaffen wird.
- die Fahrradinfrastruktur in Hamm und Borgfelde verbessert wird.
- die S-Bahnstation Hasselbrook barrierefrei umgebaut wird.
- „Shared Space“ (gemeinsam genutzter Raum für alle Verkehrsteilnehmer) als Modellprojekt im Hammer Steindamm unter aktiver Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner durchgeführt wird.
- die Rücknahme der im Rahmen des Ausbaus der Sievekingsallee erfolgten fuß- und radfahrerunfreundlichen Ampelschaltung rückgängig gemacht wird.

3. Wilhelmsburg, Veddel

Für den Stadtteil Wilhelmsburg vereinbaren die Koalitionspartner die folgende Ziele und Maßnahmen:

Mit dem Wechsel von Wilhelmsburg nach Hamburg-Mitte ist der Bezirk nicht nur erheblich größer geworden, sondern es ist zugleich ein Stadtteil hinzugekommen, der enorme Potenziale birgt. Wilhelmsburg ist ein Stadtteil mit jahrelanger aktiver Bürgerbeteiligung, mit großen Projekten, wie der IBA und der IGA und ein Stadtteil mit vielen Chancen. Zugleich sind jedoch mit dem Wechsel nach Hamburg-Mitte wichtige Teile der Ressourcen nicht mit in den neuen Bezirk übertragen worden. Trotz dieser Erschwernisse wollen die Koalitionspartner im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten alles tun, um die weitere Entwicklung Wilhelmsburgs aktiv zu fördern.

Insbesondere sind sich die Koalitionspartner darin einig, folgende Punkte zu realisieren:

- Das Bürgerbeteiligungsverfahren mit größtmöglicher Beteiligung weitergeführt und die finanzielle Ausstattung gegenüber der Fachbehörde eingefordert werden.
- Die Bürgerbeteiligung bei der Realisierung von IGA und IBA 2013 soll intensivier und niedrigschwelliger angelegt werden. Dazu wird ein Modell vorgestellt.
- Für den Bereich Wilhelmsburg/Veddel soll ein eigenes Verkehrskonzept mit dem Ziel erarbeitet werden, den LKW-Verkehr weitgehend aus Wilhelmsburg herauszuhalten. Moorwerder ist vom Durchgangsverkehr freizuhalten.
- Der Umbau der Raststätte Stillhorn darf nicht zu einer Verschlechterung der Verkehrssituation in Moorwerder führen.
- Die Wohnqualität in den Wohnquartieren verbessert werden ohne dass es dabei zur einen Verdrängung der bisherigen Wohnbevölkerung kommt. Generell verfolgen die

Koalitionspartner das Ziel der Nachverdichtung vorrangig vor dem Bau auf der grünen Wiese.

- Wohnformen am und auf dem Wasser sollen gefördert werden.
- Die gewachsene Siedlungsstruktur im Wilhelmsburger Osten soll erhalten werden. Der Osten muss die grüne Lunge von Wilhelmsburg bleiben. Das Gebiet soll als Natur und Kulturlandschaft weiterentwickelt werden. Die jeweiligen Wasserstände sind bei der Nutzung als artenreiches Grünland zu berücksichtigen.
- Die Landschafts- und Naturschutzgebiete und das marschentypische Landschaftsbild, sowie die Entwicklung und der besondere Schutz der Landschaftsachse Dove-Elbe soll gesichert und ausgeweitet werden.
- Der nördliche Eingangsbereich nach Georgswerder soll neu gestaltet werden.
- Die Behandlung des Kleingartens 723 soll kritisch geprüft werden. Die Bodensanierung darf nicht zu einem zweiten Müllberg führen.
- Die öffentlich geförderten Einrichtungen sollen im Bestand ohne Angebotskürzungen erhalten bleiben. Der Bezirk wird entsprechend initiativ gegenüber den Fachbehörden.
- Bevor neue Flächen verbraucht werden, soll vorrangig Vergabe von sanierten Gewerbeflächen betrieben werden. Vorrang haben mittlere Gewerbebetriebe vor weiteren Logistikflächen.
- Die weitere positive Entwicklung des Wilhelmsburger Einkaufszentrums wird unterstützt. Der Umbau des S-Bahnhofes Wilhelmsburg muss unter aktiver Beteiligung des Bezirks erfolgen.

Für den Stadtteil Veddel vereinbaren die Koalitionspartner die folgende Ziele und Maßnahmen:

Der positive Entwicklungsprozess auf der Veddel soll durch die Bezirkspolitik aktiv fortgesetzt werden. Insbesondere geht es um folgende Punkte:

- Die Arbeit des Beirates Veddel soll unter aktiver Beteiligung Ehrenamtlichen bei gleichzeitiger Reduzierung von Institutionenvertretern fortgesetzt werden.
- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die bewohnten Quartiere nicht durch die Folgen der geplanten Aufhebung des Freihafens, insbesondere durch Verkehr erzeugten Lärm belastet werden. Der Zollzaun an der Harburger Chaussee muss endlich beseitigt werden.
- Der Muggenburger Zollhafen und der Spreehafen werden schiffbar gehalten.
- Eine nutzbare attraktive Radverkehrsverbindung von der Veddel in die Hafencity muss trotz der mittelfristig vorhandenen Baustellen aufrechterhalten werden. Um den Spreehafen soll ein Fuß- und Radrundweg hergestellt werden.
- An der Bahnstrecke ist der Lärmschutz der Bewohner sicherzustellen.
- Bei der Umwandlung der Schule Slomanstieg in eine Stadtteilschule ist der bisherige Schwerpunkt "Übergang Schule-Beruf" zu sichern.
- Die Kapazität der Kita auf der Veddel ist zu erweitern, ein kostenloses Mittagessen soll eingeführt werden.
- Die SAGA-GWG wird aufgefordert auch nach Auslaufen von Mietpreisbindungen Zurückhaltung bei Mieterhöhungen zu üben.
- Einen barrierefreien Zugang auch über den Nordausgang des Bahnhofes soll eingerichtet werden.
- Die Nahversorgung der Bevölkerung soll deutlich verbessert und auf dem jetzigen P+R-Platz entwickeln werden.
- Es wird geprüft, ob und wie die Museen auf den Elbinseln die Hafenschuppen für kulturelle Nutzungen öffnen können.

- Von der Station S-Bahn Veddel soll eine HVV-Verbindung in die HafenCity geschaffen werden. Fahrgästen aus dem südlichen Hamburger Raum, der Veddel und möglichst auch des Reiherstiegviertels sollen direkt in das am dichtesten gelegene Innenstadt-Quartier fahren können, ohne dieses weiträumig einzukreisen. Optimal wäre eine Fährverbindung, zunächst könnte auch mit einer Buslinie über die Freihafenelbbrücke die Nachfrage nachgewiesen werden.

4. Finkenwerder

Die Koalitionspartner SPD und GAL sind sich darin einig, dass eine gedeihliche Entwicklung der vorhandenen hervorragenden Potentiale Finkenwerders ohne den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder (UFI) nicht möglich ist. Das gilt nicht nur im engeren verkehrspolitischen Sinn, sondern mehr oder minder für alle Bereiche der Kommunalpolitik. Insofern ist die Realisierung der UFI unbedingte Voraussetzung für die Entwicklung von Finkenwerder. Die Koalitionspartner werden daher die Realisierung der UFI tatkräftig unterstützen.

Insbesondere sollen folgende verkehrliche Lenkungsprozesse mit Fertigstellung der UFI unverzüglich in Angriff genommen werden:

- Der Hauptstraßenzug (Neßdeich, Norderdeich, Ostfrieslandstraße, Aue-Hauptdeich) wird als Hauptverkehrsstraße entwidmet.
- Schaffung einer Park & Ship-Anbindung an geeigneter Stelle am östlichen Ortseingang.
- Bau eines Verkehrskreisels im Bereich der Kreuzung „Ole Wach“.
- Nach Fertigstellung der UFI und einer angemessenen Beobachtungszeit werden weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen eingeleitet.
- Bereits jetzt kann, wie in der letzten Legislaturperiode gefordert und beschlossen, mit dem Bau des sog. Bypasses im Bereich Airbus/Rüschhalbinsel begonnen werden, um ausschließlich von Westen die Rüschhalbinsel für LKW zu erschließen.

Bei den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen soll Folgendes vorangetrieben werden:

- Das große Bauvorhaben zwischen Norderdeich und Landscheideweg (B-Plan Fi 32) wird weiter mit Nachdruck betrieben. Wir werden dafür sorgen, dass dort mit der Realisierung von ca. 450 Wohneinheiten im Einzel- und Reihenhausbau wichtige Impulse für Finkenwerder als Wohnstandort gegeben werden. Wir werden auch darauf achten, dass alle notwendigen Folgeeinrichtungen wie KTH, Nahversorgung usw. mit der Realisierung des B-Plans nicht vergessen werden.
- Der Kutterhafen und sein Umfeld sollen aufgewertet werden. Dazu gehören auch die denkmalgeschützten bzw. denkmalwürdigen Gebäude und Ensembles der Finkenwerder Altstadt.
- Der historische dörfliche Charakter des Gebietes südlich des Finkenwerder Landscheidewegs soll wie bisher erhalten bleiben.

Im Natur- und Umweltschutz sollen folgende Maßnahmen vorangetrieben werden:

- Die Grünachse entlang der Alten Süderelbe (vom Storchennest bis zum NSG Westerweiden) wird im Einklang mit den unterschiedlichen Nutzern und mit hoher naturschutzfachlicher Kompetenz entwickelt. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, fordern wir eine verbesserte Ausstattung des Bezirks in personeller und finanzieller Hinsicht. Nur so lässt sich der hohe Standard des NSG Westerweiden sichern.
- Es sollen alle Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die diversen Eingriffe auf dem Gebiet Finkenwerders dokumentiert und im Einvernehmen mit dem Regionalausschuss Finkenwerder abgearbeitet werden.
- Wie in der letzten Legislaturperiode beschlossen, soll ein Beirat von Finkenwerder

Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet werden, der die hafentypischen Emissionen (Lärm, Licht, Abgase usw.) östlich von Finkenwerder thematisiert.

5. Zentralbereich – St. Pauli, Innenstadt, St. Georg, Rothenburgsort

Für **St. Pauli** vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele:

- Die Gebietsreform mit der Aufteilung des Schanzenviertels soll rückgängig gemacht werden, die Schanze gehört zu St. Pauli. In die Evaluation der westlichen Bezirksgrenzen muss neben der Grenzziehung St. Pauli – Schanzenviertel auch die Grenzziehung St. Pauli – Altona-Altstadt einbezogen werden. Ziel ist eine Abgleichung der Verwaltungsgrenzen mit den von den Menschen empfundenen natürlichen Grenzen, wie insbesondere der Straße Pepermölenbek. Die Mehrheitsfraktionen im Bezirk setzen sich für eine unabhängige Kommission auf Landesebene unter Beteiligung der betroffenen Bezirke ein.
- Wiedereinführung des Bewohnerparkens in den Straßen Seilerstraße, Simon-von-Utrecht-Straße, Detlev-Bremer-Straße und Hein-Hoyer-Straße zwischen Reeperbahn und Simon-von-Utrecht-Straße.
- Den Lärmschutz in Wohnbereichen des Karolinenviertels und St. Paulis verbessern.
- Außengastronomie in den Hinterhöfen soll verhindert werden.
- Die Sperrung der Reeperbahn für PKW-Verkehr für größere Veranstaltungen, z. B. für das Reeperbahnfestival, ist im Verkehrsausschuss zu prüfen und es sind gleichzeitig anwohnerfreundliche Umleitungsmöglichkeiten zu entwickeln.
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Familien, Senioren und Singles, für Familien insbesondere im Pestalozzi-Quartier.
- Unterstützung und Förderung von Baugemeinschaften.
- Prüfung des Erlasses einer Sozialen Erhaltungsverordnung und/oder einer Umwandlungsverordnung für die von Verdrängungseffekten betroffenen Teile St. Paulis.
- Verbesserung der Bedingungen für familienfreundliches Wohnen.
- Verbesserung der Schulwege zur Ganztagschule St. Pauli.
- Gezielte Förderung der Kreativ- und Musikwirtschaft, insbesondere kleiner Live-Musikclubs. Förderung der kleinteiligen Kultur- und Kreativszene.
- Schaffen und Erhalten von kleinen und bezahlbaren Gewerbeeinheiten.
- Durchführung einer rechtlichen Prüfung, ob die weitere Ansiedlung von Einzelhandelsdiscountern auf der Reeperbahn verhindert werden kann. Wenn dies möglich ist, soll dies energisch verfolgt werden.
- Der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) soll aufgestockt werden und es sollen stärkere Kontrollen und Ahndung von wildem Urinieren, auch an Wochenenden, durchgeführt werden.
- Aufstellen und Leeren von zusätzlichen Müllbehältern, ohne Abbau in anderen Stadtteilen.
- Barrierefreier Umbau der U-Bahnhaltestelle Feldstraße und Umbenennung in „Karolinenviertel“ unterstützen.
- Einrichten von öffentlichen WC-Anlagen in den S-Bahnhöfen fördern.
- Umgestaltung 2. Bauabschnitt Reeperbahn (in diesem Zusammenhang Umgestaltung bzw. Modernisierung des S-Bahnhofs Reeperbahn).
- Umgestaltung der Großen Freiheit unter Berücksichtigung und im Hinblick auf den Beatles-Platz.

Für die **Innenstadt** vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele:

- Unterstützung des Baus weiterer bezahlbarer Wohnungen für Familien und Singles.
- Verlängerung der Sozialen Erhaltensverordnung für die südliche Neustadt.
- Durchsetzung der baulichen Erhaltensverordnung für die Innenstadt.
- Erstellung eines Nutzungskonzepts für die Buden am Großneumarkt.
- Überplanung des Zeughausmarkts, um den Platzcharakter herauszustellen.
- Autofreie Neugestaltung des Burchardplatzes und Bau einer Quartiersgarage.
- Vermehrtes Aufstellen von Fahrradbügeln, insbesondere in den Wohnstraßen.
- Freigabe der Einbahnstraßen für den Radverkehr in beide Richtungen.
- Erhalt und Schaffung neuer Grünflächen.
- Pflanzen und Blumen in vollem Umfang erhalten.
- „Eventisierung“ der Innenstadt eindämmen.
- Erhalt attraktiver Veranstaltungen auf dem Rathausmarkt.
- Planung und Schaffung sicherer Rad- und Fußwege in der HafenCity.
- Ausbau und Stärkung des ökologischen Neubaus in der HafenCity.
- Stärkere Berücksichtigung von Baugemeinschaften in der HafenCity; verstärkte Schaffung bezahlbaren Wohnraums.
- Ermöglichung kultureller Zwischennutzungen von Flächen in der HafenCity.
- Entwicklung des Gedenkortes Lohseplatz und des umliegende Wohngebiets.
- Bau einer neuen Zweifelderhalle auf dem Gelände der Rudolf-Ross-Gesamtschule.

Für **Rothenburgsort** vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele:

- Zügige Umsetzung der Umgestaltung des Marktplatzes.
- Prüfung auf Machbarkeit einer vorgezogenen Umgestaltung der Grünachse.
- Förderung und Weiterentwicklung des Stadtteilhauses.
- Radwegverbindung von der Innenstadt nach RBO wasserseitig, am Großmarktgelände vorbei, herstellen.
- Die Insel Kaltehofe soll im Sinne des Agenda-Ergebnisses entwickelt werden, ohne dass dort ein Großparkplatz und ein „Eventurm“ entsteht.
- Gemeinsames Verkehrskonzept für Kaltehofe und Entenwerder Elbpark entwickeln.
- PKW-Sperre Kaltehofer Hauptdeich beibehalten.
- Einrichten eines Fahrradstreifens auf dem Vierländer Damm.
- Elberadwanderweg komplettieren.
- Radwegeverbindung Kaltehofe – Wilhelmsburg schaffen (an der Autobahnbrücke über die Norderelbe).
- Bauliche Sperrfunktion der LKW-Sperren an der Schwindsuchtbrücke wieder herstellen.
- Renovierung der Sperre Ausschläger Allee.
- Gestaltung einer Verbindung HafenCity – Rothenburgsort – Wilhelmsburg.
- Die Voraussetzungen für Wohnungsbau gegenüber Entenwerder schaffen – Wohnen am Wasser.

- Baugemeinschaften bei der Entwicklung unterstützen und den Bau bezahlbaren Wohnraums für Familien fördern (z.B. Altes Zollamt).
- Vorhandene Baulücken für Wohnungsbau nutzen.
- Neubau eines Hauses der Jugend unterstützen.
- Den Sportplatz an der Marckmannstraße zum Rasensportplatz (jetzt Grand) machen.
- Die Umwandlung des Huckepackbahnhofs für die Schaffung von Wohnraum und ruhigem Gewerbe, z.B. für Technik und Forschung nutzen.
- Barrierefreie Sanierung des S-Bahnhofs Rothenburgsort, Schaffung eines 2. Ausgangs zum Huckepackgelände.
- Kein Abschlepp- und Schwerlastverkehr durch Rothenburgsort.
- Der Stadteilrat RBO soll eingerichtet werden.

Für **St. Georg** vereinbaren die Koalitionspartner folgende Ziele:

- Sicherung und Schaffung bezahlbaren/preiswerten Wohnens durch öffentlich geförderten Wohnungsbau.
- Unterstützung und Förderung von Baugenossenschaften für Familien.
- In Sanierungsgebieten und städtischen Immobilien sollen kleine und bezahlbare Gewerbeeinheiten geschaffen und erhalten werden.
- Modifikation des Wohnlagenverzeichnisses in Bezug auf die Bewertung der einzelnen Kriterien sowie Abgrenzung der Gebiete.
- Neue Außengastronomie in den Hinterhöfen verhindern.
- Die Entwicklung und Umsetzung der Konzepte für das Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte soll fortgesetzt werden. Die Umgestaltung des Hansaplatzes hat Priorität.
- Die Soziale Erhaltensverordnung für das Sanierungsgebiet S3 durchsetzen und für S-Mitte prüfen.
- Einsatz für die Ausweisung des Münzplatz-Viertels als Themengebiet.
- Rückbau der Videoüberwachung auf dem Hansaplatz durchsetzen.
- Die Entwicklung des Hochschulcampus der HAW am Berliner Tor und seine Einbindung in den Stadtteil unterstützen.
- Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzepte Central Park und Lohmühlenpark.
- Die Heinrich-Wolgast-Schule als Ganztagschule unterstützen.
- Die vorhandenen Angebote für Kinder und Jugendliche erhalten, auch baulich. Finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendeinrichtungen verbessern.
- Nach Beendigung der Bespielung des "Savoy" durch das "Metropolis" das Savoy als Stadtteilkino und kulturellen Treffpunkt erhalten.
- Fahrradabstellmöglichkeiten verbessern (Fahrradbügel).
- Prüfung und Neuorganisation der überörtlichen Verkehrsbeziehungen zur weiteren Verkehrsberuhigung von Wohnstraßen.
- Prüfung der Notwendigkeit einer Streckennutzung der Langen Reihe durch Flughafenbusse und Stadtrundfahrt-Doppeldeckerbusse .
- Prüfung von Bewohnerparken in Nebenstraßen.
- Prüfung einer möglichen ÖPNV Verbindung Berliner Tor – AK St. Georg.

- Fortführung der Prüfung zu „Shared Space“ unter Beteiligung der betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden.

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Präambel	2
II. Stadtplanung, Wohnen und soziale Stadtentwicklung	3
1. Stadtentwicklungspolitische Leitlinien	3
2. Der Kreativität Raum geben	3
3. Zusammen gestalten	4
4. Bürgerbeteiligung sicherstellen	5
5. Wir entwickeln den Wohnraum der Zukunft	6
6. Wohnen und Arbeiten im Stadtteil	7
7. Für eine aktive Denkmalpflege	7
III. Verkehr, Umwelt und Management des öffentlichen Raums	9
1. Bezirkliches Verkehrsleitbild für das 21. Jahrhundert entwickeln	9
2. Zentrale Verkehrsprojekte im Bezirk Hamburg-Mitte	9
3. Besondere Verkehrszonen	9
4. Parkplatzsituation und der Bau von Quartiersgaragen	9
5. Lärmschutz fördern	10
6. Förderung des Fahrradverkehrs	10
7. Attraktive Plätze, Parks und Grünanlagen	10
8. Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum	11
IV. Soziales, Integration und Gesundheit	12
1. Fortsetzung der aktiven bezirklichen Seniorenpolitik	12
2. Barrierefreiheit fördert Mobilität und gute Nachbarschaften	12
3. Gesundheit und Pflege verbessern	12
4. Fortsetzung der aktiven bezirklichen Integrationspolitik	13
5. Schwule und Lesben	14
6. Sozialraummanagement	14
V. Schule, Sport, Kita, Jugendhilfe	15
1. Gute Schulen, die im Stadtteil aufblühen	15
2. Gute Nachbarschaften brauchen gute Kindertagesstätten	15
3. Gute Sportpolitik in Hamburg und im Bezirk Hamburg-Mitte	15
4. Gute Nachbarschaften brauchen Jugendhilfepolitik	16
VI. Kultur, Haushalt, Wirtschaft	18
1. Aktives und attraktives Stadtteilkulturleben	18
2. Haushalt	18
3. Regionale Wirtschaft	19
VII. Regionen	20
1. Billstedt	20
2. Hamm/ Horn	21

3. Wilhelmsburg, Veddel	22
4. Finkenwerder	24
5. Zentralbereich – St. Pauli, Innenstadt, St. Georg, Rothenburgsort	25
Inhaltsverzeichnis	29
Unterschriften der Abgeordneten	31

Der Vertrag wurde vom SPD-Kreis Hamburg-Mitte am 16. Mai 2008 von der Kreisdelegiertenversammlung und von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Kreisverband Hamburg-Mitte am 19. Mai 2008 auf einer Mitgliederversammlung beschlossen.

Für die SPD:

	Frank Ramlow
Johannes Kahrs, Kreisvorsitzender	Fred Rebensdorf
Hansjörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender	Dirk Sielmann
Susanne Buhl	Thomas Stölting
Falko Droßmann	Judith Swyzinski
Henriette von Enckevort	Axel Wieder

Jan-Hinrich Fock

Für die GAL:

Anita Geißler	Dr. Karl-Heinz Karch, Kreisvorsitzender
Kerstin Gröhn	Dr. Michael Osterburg, Fraktionsvorsitzender
Bernd Peter Holst	Jörg Ebel
Bayram Inan	Regina Freuer
Susanne Kilgast	Ingolf Goritz
Klaus Lübke	Lothar Knode
Ralf Neubauer	Jutta Kodrzyński
Julia Odebrecht	Karin Zickendraht
Aytekin Peker	
Hubert Piske	